

## Beschluss VIII Selbstbestimmung und Gleichstellung

Gremium: Landesparteitag  
Beschlussdatum: 24.04.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

### Text

#### 10819 VIII Selbstbestimmung und Gleichstellung

10820 Gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen, unabhängig vom biologischen  
10821 Geschlecht, der sexuellen, geschlechtlichen und der Genderidentität sowie der  
10822 Herkunft oder Alter. Insbesondere trans\*, intergeschlechtliche und nonbinäre  
10823 Personen sind rechtlich und gesellschaftlich nach wie vor sehr benachteiligt.  
10824 Daher werden wir die Selbstbestimmungsrechte und den Diskriminierungsschutz  
10825 dieser Personengruppe überall besonders stärken und Hürden in allen  
10826 gesellschaftlichen, medizinischen und behördlichen Bereichen abbauen. Dazu  
10827 gehört für uns die vollumfängliche Anerkennung des offiziellen dgti-  
10828 Ergänzungsausweises der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und  
10829 Intersexualität e.V. für Trans\*personen, die eine Namen- und/oder  
10830 Personenstandsänderung anstreben. Wir wollen Initiativen im Bundesrat  
10831 unterstützen, die das veraltete Transsexuellengesetz durch ein modernes  
10832 Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir  
10833 treten für die Freiheit unterschiedlicher Lebensweisen und die gleichberechtigte  
10834 Teilhabe an der Gesellschaft ein.

10835 Die Zusammenführung des Programms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt,  
10836 des LSBTIQ\*-Aktionsprogramms sowie des Gender Mainstreaming Konzepts halten wir  
10837 für nicht zielführend. Wir wollen alle drei unterschiedlichen Themenfelder  
10838 getrennt und nachprüfbar bearbeiten.

10839 Die Landesverwaltung muss Vorbild sein. Wir wollen, dass alle Teile der  
10840 Landesverwaltung Diversitätskonzepte erarbeiten und umsetzen. Ausserdem wollen  
10841 wir konzeptionell unterlegt die anonymisierte Bewerbung in einem Bereich der  
10842 Landesverwaltung auf den Weg bringen.

10843 Es braucht daher eine moderne geschlechtervielfaltsbewusste  
10844 Gleichstellungspolitik, die Nachteile aufgrund von Diskriminierungen ausgleicht.  
10845 Das bedeutet gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, uneingeschränkten Zugang zu  
10846 leitenden Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und konsequenten  
10847 Schutz vor Gewalt und Diskriminierung.

#### 10848 Geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt vorantreiben

10849 Auch mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland  
10850 bleibt bei der Geschlechtergerechtigkeit viel zu tun. Als feministische Partei  
10851 bleibt unser Ziel die vollständige und tatsächliche Gleichstellung der  
10852 Geschlechter.

10853 Das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt wurde vor allem  
10854 mit unserer Hilfe auf den Weg gebracht. Wir wollen dessen Maßnahmen

10854 konkretisieren, quantifizieren und mit konkreten Zeitschienen untersetzen.  
10854 Landesausgaben sollen künftig konsequent an Anforderungen der  
10857 Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet werden. Dies führt zu mehr Transparenz,  
10858 Qualität und Nachhaltigkeit bei der Verteilung staatlicher Ausgaben.  
10859 Geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting) muss gängiges Mittel  
10860 der Haushaltsaufstellung werden. In allen Politikfeldern soll, bevor Maßnahmen  
10861 beschlossen werden, eine Überprüfung der Geschlechtergerechtigkeit durchgeführt  
10862 werden. Ziel ist, dass Benachteiligungen von Frauen von vornherein  
10863 ausgeschlossen werden.

10864 In Sachsen-Anhalt soll die Sprache in öffentlichen und amtlichen Dokumenten  
10865 geschlechtergerecht sein. Wir wollen dafür verbindliche Regeln festlegen.

### 10866 Verfassungskonformes Paritégesetz auf den Weg bringen

10867 In Sachsen-Anhalt waren in dieser Legislatur zuletzt nur 20 Prozent der  
10868 Abgeordneten Frauen. Es ist an der Zeit, die politische Teilhabe von Frauen zu  
10869 stärken. Wir wollen, dass mehr Frauen aktive Rollen in Politik und Gesellschaft  
10870 übernehmen. Wir leben Geschlechtergerechtigkeit vor, bei uns Bündnisgrünen sind  
10871 mindestens 50 Prozent aller Positionen für Frauen reserviert. Die Quote ist  
10872 unser Erfolgsmodell, wie viele profilierte Politikerinnen unserer Partei  
10873 beweisen. Wir wollen für Sachsen-Anhalt ein Paritégesetz, das die aktive und  
10874 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in den Parlamenten unseres Landes fördert  
10875 und unter Beachtung verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung sichert. Um das  
10876 Paritégesetz rechtssicher auszugestalten, wollen wir die Landesverfassung  
10877 ändern.

### 10878 Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz 10879 weiterentwickeln

10880 Geschlechtergerechtigkeit heißt für uns, gleiche Entlohnung für gleichwertige  
10881 Arbeit. Entgeltgleichheit soll als Vergabekriterium in das Vergabegesetz des  
10882 Landes aufgenommen werden. Auch Qualifizierungs- und berufliche  
10883 Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die nach einer Phase der  
10884 Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen wollen, gehören dazu. Das  
10885 Frauenfördergesetz für den öffentlichen Dienst wollen wir weiterentwickeln. Wir  
10886 werden uns weiter dafür einsetzen, dass alle Landeseinrichtungen konsequent  
10887 familienfreundlich gestaltet werden. Wir wollen politische Leitplanken  
10888 entwickeln, die auch die Privatwirtschaft auf Familienfreundlichkeit  
10889 verpflichten.

10890 Auf allen Ebenen muss es eine Interessenvertretung für Frauen und LSBTIQ\*, ihre  
10891 Rechte und Chancen geben. Wir wollen eine unabhängige Landesbeauftragte für  
10892 Frauen und Gleichstellung, die am Landtag angesiedelt und vom Parlament zu  
10893 wählen ist, gesetzlich verankern. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte in den  
10894 Landkreisen und Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohner\*innen müssen weiterhin  
10895 hauptamtlich und weisungsfrei tätig sein. Zudem müssen sie in ihrer Arbeit so  
10896 gestärkt werden, dass sie ausschließlich mit gleichstellungsthematischen  
10897 Aufgaben betraut sind, was in den ländlichen Räumen bisher zumeist nicht der  
10898 Fall ist. Aufgrund der nachgewiesenen Benachteiligung zu Lasten von Frauen, soll  
10899 dieses Amt ausschließlich von Frauen ausgeübt werden.

10900 Ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Gemeinden mit weniger als 25.000  
10901 Einwohner\*innen wollen wir stärken. Zudem brauchen sie Austausch in der  
10902 Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und  
10903 Weiterbildung.

10904 Den gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildung wollen wir auf mindestens zwei  
10905 Wochen im Jahr ausweiten. Um Gleichstellungsfragen auf allen Ebenen wirksam  
10906 umzusetzen, wollen wir eine Klagebefugnis für alle Gleichstellungsbeauftragte im  
10907 Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben einführen.

10908 Für alle Gremien des Landes und alle Entsendungen wollen wir  
10909 geschlechterparitätische Besetzung. Gleichstellungsrecht ist kein Sonderrecht  
10910 für Frauen und LSBTIQ\*, sondern ein allgemeines Schutzrecht für alle  
10911 Beschäftigten vor Diskriminierungen und Benachteiligungen.

10912 Der Landesfrauenrat als größte Dachorganisation für Fraueninteressen im Land ist  
10913 anderen Landesverbänden in sächlicher und personeller Ausstattung  
10914 gleichzustellen. Die für Sachsen-Anhalt notwendige  
10915 Landesantidiskriminierungsstelle soll dort angesiedelt werden, da auf zahlreiche  
10916 Projekterfahrungen zurückgegriffen werden kann. Aufgaben sind Studien,  
10917 Datenerfassung, Beschwerdestelle, Weiterbildung von  
10918 Gleichstellungsbeauftragt\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen oder  
10919 Gewerkschafter\*innen.

## 10920 Gründerinnen stärken

10921 Gleichstellungs- und frauenfördernde Maßnahmen in der Wirtschaft und bei  
10922 Existenzgründungen im Land auszuweiten, hat für uns Priorität. Wir wollen ein  
10923 landesweites Gründerinnen-Programm beim Ministerium für Gleichstellung  
10924 ansiedeln. Hier sollen Frauen bei Unternehmensgründung spezifisch beraten und  
10925 entlastet werden, Gründerinnennetzwerke und Unternehmerinnen unterstützt werden.  
10926 Besondres Augenmerk ist der Ausgründung von Frauen aus Universitäten und  
10927 Hochschulen zu widmen.

## 10928 Geschlechtergerechtigkeit und LSBTIQ\* in den Lehrplänen 10929 abbilden

10930 Geschlechtsbezogene Vorurteile und stereotype Verhaltensweisen sind im  
10931 Bildungsbereich nach wie vor verbreitet. Das beeinflusst die Berufsorientierung  
10932 von Mädchen und Frauen sowie trans\*, intergeschlechtlichen und nonbinären  
10933 Personen und erschwert ihren Zugang zu technischen, naturwissenschaftlichen und  
10934 gehobenen Berufen. Die Vorstellung von typischen „Frauenberufen“ und  
10935 „Männerberufen“ muss bereits in der Kindertagesstätte und in der Schule  
10936 aufgebrochen werden. Außerdem muss die Unterrepräsentanz von Männern in  
10937 erzieherischen, pädagogischen und dienstleistenden Berufen beendet werden.

10938 Prävention von Gewalt gegen Frauen, trans\*, intergeschlechtlichen und nonbinären  
10939 Personen beginnt im frühen Kindesalter. Daher sollten Geschlechtervielfalt und  
10940 Geschlechtergerechtigkeit bereits Thema in Kindergarten und Schule sein. Dabei  
10941 soll es nach wie vor geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen  
10942 geben.

10943 An Universitäten wollen wir erreichen, dass mehr Frauen höhere Positionen  
10944 belegen.

10945 Die weitere Unterstützung des Kompetenzzentrums für geschlechterrechte Kinder-  
10946 und Jugendhilfe ist für uns ein klares Muss. Wir sehen Geschlechtergerechtigkeit  
10947 als Querschnittsaufgabe und verweisen auf die entsprechenden Fachkapitel.

#### 10948 Frauen in die Wissenschaft!

10949 Ein jährlich stattfindender, verbindlicher „Zukunftstag für Jungen und Mädchen“  
10950 bietet für alle Schüler\*innen gute Möglichkeiten, in der Berufsorientierung  
10951 Geschlechterstereotype zu überwinden. Die Schulen sollen verpflichtet werden,  
10952 Angebote für Jungen in so genannten frauentypischen Berufen und Angebote für  
10953 Mädchen in so genannten männertypischen Berufen zu entwickeln und den  
10954 Zukunftstag vor- und nachzubereiten. Die Unternehmen im Land werden  
10955 aufgefordert, solche Angebote zu installieren. Wir wollen die Vernetzung  
10956 zwischen allen Aktivitäten der Arbeitsagenturen, der Handwerkskammern, der  
10957 Kommunen und anderer Akteur\*innen in einer Landesstelle koordinieren. An  
10958 Universitäten wollen wir erreichen, dass mehr Frauen höhere Positionen  
10959 innehaben.

#### 10960 Antigewaltarbeit stärken

10961 Frauenhäuser, Frauenzentren und Frauenberatungsstellen, die Landesstelle für  
10962 Intervention und Koordination bei häuslicher Gewalt (LIKO) und die  
10963 Interventionsstellen bilden in Sachsen-Anhalt ein gutes Netzwerk, um Frauen vor  
10964 Gewalt zu schützen, sowie Betroffenen Rat und Hilfestellung zu geben. Dennoch  
10965 arbeiten sie an der Grenze der Belastbarkeit, ihre Situation ist trotz in dieser  
10966 Legislatur erreichter Verbesserungen prekär. Für Prävention und  
10967 Öffentlichkeitsarbeit sind fast keine Mittel vorhanden. Wir wollen die Arbeit  
10968 besser koordinieren und gemäß der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des  
10969 Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher  
10970 Gewalt) eine Landeskoordination, angesiedelt bei der LIKO (Landesinterventions-  
10971 und Koordinierungsstelle), einrichten.

10972 Diese soll in ihrer Arbeit in Kooperation mit Sachsen-Anhalts künftigem LSBTIQ\*  
10973 Landeskompetenzzentrum inklusive der LSBTIQ\*-Diskriminierungs-Meldestelle  
10974 Sachsen-Anhalt (DiMSA) und einschlägigen Verbänden insbesondere auch die  
10975 besonderen Bedarfe zum Schutz von lesbischen Frauen sowie trans\*  
10976 intergeschlechtlichen und nonbinären Personen berücksichtigen.

10977 Diese soll auch Kampagnen, das Hilfefon u. ä, koordinieren.

10978 Durch unsere Initiative gibt es in der Polizei Sachsen-Anhalt neben den  
10979 nebenamtlichen Ansprechpersonen für LSBTIQ\* seit 2020 auch eine hauptamtliche  
10980 Ansprechperson auf Landesebene. Diese muss finanziell so ausgestattet werden, um  
10981 sie in ihrer Arbeit zu stärken.

10982 Aus- und Fortbildungen der Polizei und des Justizpersonals zu  
10983 vorurteilsmotivierten Gewaltdelikten müssen ausgeweitet werden.

10984 Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Barrierefreiheit, zusätzliche  
10985 Personalstellen in Frauenhäusern und Ausweitung des neu etablierten mobilen

10986 Teams zur psychosozialen Betreuung von Frauen und Kindern auf das gesamte Land.  
10987 Im Finanzausgleichgesetz (FAG) soll ein fester Betrag festgeschrieben werden,  
10988 damit die Kommunen Frauenhäuser sowie Gewaltprävention sinnvoll betreiben  
10989 können.

10990 Die Frauenhäuser in Sachsen-Anhalt haben zunehmend auch mit Situationen  
10991 umzugehen, die in der bisherigen Struktur nicht aufzufangen sind. Das Land  
10992 Sachsen-Anhalt soll gemeinsam mit den Anbieter\*innen eine finanziell untersetzte  
10993 Strategie entwickeln, wie Frauen mit Abhängigkeiten, Hochbetagten, Migrantinnen  
10994 oder Frauen in hochgefährdeten Situationen spezifisch geholfen werden kann. Teil  
10995 dieser Strategie muss sein, Zugriff auf Dolmetscher\*innenleistungen zu bekommen,  
10996 sowohl in andere phonetische Sprachen als auch in Gebärdensprache.

10997 Es gibt auch Männer, die von Gewalt betroffen sind oder als Täter Hilfe suchen.  
10998 Die Unterstützungsangebote, die etwa über den Verein Pro Mann oder den Deutschen  
10999 Familienverband vorgehalten werden, begrüßen wir. Wir wollen sie evaluieren und  
11000 ergebnisentsprechend fortschreiben.

### 11001 Frauen mit Behinderungen unterstützen

11002 Frauen mit Behinderungen haben - wie alle Menschen - das Recht auf die freie  
11003 Entfaltung ihrer Persönlichkeit, erleben im Alltag allerdings häufig doppelte  
11004 Diskriminierung. Wir wollen sie bei der Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen  
11005 und rechtlichen Gleichstellung sowie bei der Arbeitsplatzsuche oder dem Besuch  
11006 von nicht barrierefreien Einrichtungen unterstützen. Frauen mit Behinderungen  
11007 erleben häufiger sexuelle Gewalt und Diskriminierungen als Frauen ohne  
11008 Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeiter\*innen von  
11009 Beratungsstellen für diese spezifischen Belange sensibilisiert und zu  
11010 kompetenter Beratung befähigt werden.

### 11011 Ehegattensplitting abschaffen

11012 Wir favorisieren ein Steuerrecht, das Frauen nicht als Zuverdienerinnen  
11013 versteht, sondern eigenständige Existenzsicherung und daraus resultierende  
11014 eigene Rentenansprüche sichert. Das so genannte Ehegattensplitting ist aus  
11015 unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß und daher durch eine Individualbesteuerung  
11016 und eine unabhängige Kindergrundsicherung zu ersetzen. Wir werden uns für  
11017 entsprechende Initiativen im Bundesrat einsetzen.

### 11018 Akzeptanz von LSBTIQ\* stärken

11019 Wir stehen für „gleiche Liebe – gleiche Rechte“. Wir haben die  
11020 Gleichberechtigung von LSBTIQ\* in den vergangenen Jahren maßgeblich  
11021 vorangetrieben. So haben wir erreicht, dass der Schutz der sexuellen Identität  
11022 in die Landesverfassung aufgenommen wurde. Jetzt gilt es, diese  
11023 Absichtserklärung mit Leben zu füllen.

11024 Wir werden uns dafür einsetzen die geschlechtliche Identität auch im Artikel 7  
11025 der Landesverfassung Sachsen-Anhalts aufzunehmen.  
11026 Weiterhin streben wir im Bundesrat danach, den Schutz der sexuellen und  
11027 geschlechtlichen Identität auch im Gleichbehandlungsartikel 3 des Grundgesetzes  
11028 zu verankern.

## 11029 Aktionsprogramm zur Akzeptanz von LSBTIQ\* weiterentwickeln

11030 Wir wollen das LSBTIQ\*-Aktionsprogramm der Landesregierung als zentrale,  
11031 ressortübergreifende Daueraufgabe im Land Sachsen-Anhalt für eine nachhaltige  
11032 Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*, intergeschlechtlichen,  
11033 nonbinären sowie queeren Menschen (LSBTIQ\*) unter Beteiligung von LSBTIQ\*-  
11034 Verbänden weiterentwickeln und Maßnahmen konsequent umsetzen.

11035 Wir setzen uns dafür ein, dass der Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie  
11036 fortgeschrieben und in der neuen Legislaturperiode konsequent umgesetzt wird.  
11037 Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen LSBTIQ\*  
11038 abzubauen, die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen Identitäten in allen  
11039 gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und Homo- und Transphobie zu bekämpfen.  
11040 Wir wollen weniger Prüfaufträge, stattdessen mehr klar abrechenbare Aufträge.

11041 Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen LSBTIQ\*  
11042 abzubauen, die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen geschlechtlichen und  
11043 Genderidentitäten u.a. über eine Landeskampagne in allen gesellschaftlichen  
11044 Bereichen zu fördern und Homo- und Trans\*-Feindlichkeit zu bekämpfen. Wir werden  
11045 Kommunen ermutigen für die Akzeptanz und zur Verbesserung der Lebenssituation  
11046 von LSBTIQ\* ebenfalls aktiv zu werden.

11047 Wir wollen weniger Prüfaufträge, stattdessen mehr klar abrechenbare Aufträge.

11048 Die beiden unabhängigen LSBTIQ\*-Landeskoordinierungsstellen in Sachsen-Anhalt –  
11049 Fachstellen für Fragen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität – wollen wir  
11050 zu einem unabhängigen LSBTIQ\*- Landeskompetenzzentrum Sachsen-Anhalt bei einem  
11051 Träger mit zwei Standorten in Magdeburg und Halle zusammenfassen und es  
11052 personell und finanziell auskömmlich ausstatten. Das Landeskompetenzzentrum soll  
11053 in seiner Netzwerkfunktion mit fachlichen Austausch erweitert werden, die neu  
11054 eingerichtete LSBTIQ\*-Diskriminierungs-Meldestelle Sachsen-Anhalt (DiMSA) im  
11055 Anti-Diskriminierungsschwerpunkt ausbaut sowie der Schwerpunkt Aus- und  
11056 Fortbildung von beruflichen Multiplikator\*innen und Erwachsenen gestärkt werden.

## 11057 Gesicherte Finanzierung von Beratungs- und Bildungsangeboten 11058 für LSBTIQ\*

11059 Wir zeigen homo- und trans\*feindlicher Diskriminierung und Gewalt die Rote  
11060 Karte. Projekten oder Organisationen, die LSBTIQ\* und Angehörige und das soziale  
11061 Umfeld beraten, unterstützen, oder die für Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und  
11062 Bildung in diesem Bereich tätig sind, sichern wir auskömmliche und  
11063 kontinuierliche öffentliche Mittel. Gerade in den ländlichen Räumen fehlen  
11064 Kontakt- und Beratungsmöglichkeiten für LSBTIQ\*. Die kommunalen  
11065 Gleichstellungsbeauftragten sind hier oft die einzige Anlaufstelle. Wir wollen  
11066 diese stärken, um in Kooperation mit dem entwickelten LSBTIQ\*-  
11067 Landeskompetenzzentrum Sachsen-Anhalt vorhandene soziale und kommunale  
11068 Strukturen für LSBTIQ\*-Themen zu sensibilisieren und bestenfalls kommunale  
11069 LSBTIQ\*-Aktionspläne zu etablieren.

11070 Wir wollen auch die Aufklärung, Bildung und Ausbildung von allen Pflege- und  
11071 Heilberufen, von Hebammen über Pflegekräfte bis hin zu Therapeut\*innen, zum  
11072 Thema sexuelle, geschlechtliche und Gendervielfalt intensivieren und verbessern.

11073 **Regenbogenfamilien familienrechtlich gleichstellen**

11074 Wir wollen, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften in allen Rechtsbereichen  
11075 gleichgestellt werden. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare war  
11076 dafür ein zentraler Meilenstein. Nun kommt es darauf an, Regenbogenfamilien auch  
11077 familienrechtlich gleichzustellen und voll anzuerkennen. Dazu gehören für uns  
11078 die umfassende Gleichstellung für alle Personen im Sozialrecht, im Sorge- und  
11079 Adoptionsrecht, bei Pflegschaften, im Miet-, Erb-, Beamt\*innen- und Steuerrecht  
11080 ebenso wie im Ausländer\*innenrecht, im Abstammungsrecht und beim Recht auf  
11081 Familiengründung durch Insemination. Familienformen wie bspw. Regenbogenfamilien  
11082 und Patchworkfamilien wollen wir rechtlich absichern, um das Wohlergehen der  
11083 Kinder zu garantieren.

11084 Wir werden entsprechende Initiativen über den Bundesrat offensiv begleiten.